

#GIDSstatement 3/2021

Dirk Peddinghaus

Strategische Autonomie Europas – Vision oder Utopie?

#GIDSstatement | Nr. 3 / 2021 | März 2021 | ISSN 2699-4372

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISSN 2699-4372

Dieser Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 International (Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitung). Weitere Informationen zur Lizenz finden Sie unter:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>



#GIDSstatement wird vom German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS) herausgegeben.

Die Beiträge sind auf der Website des GIDS kostenfrei abrufbar: www.gids-hamburg.de

#GIDSstatement gibt die Meinung der AutorInnen wieder und stellt nicht zwangsläufig den Standpunkt des GIDS dar.

Zitervorschlag:

Dirk Peddinghaus, Strategische Autonomie Europas – Vision oder Utopie?, GIDSstatement 3/2021, Hamburg.

GIDS

German Institute for Defence and Strategic Studies

Führungsakademie der Bundeswehr

Manteuffelstraße 20 · 22587 Hamburg

Tel.: +49 (0)40 8667 6801

buero@gids-hamburg.de · www.gids-hamburg.de

Strategische Autonomie Europas – Vision oder Utopie?

„So ist der Krieg, so der Feldherr, der ihn führt,
so die Theorie, die ihn regelt.“¹

Carl von Clausewitz

Braucht Europa eine strategische Autonomie in Fragen der Sicherheitspolitik? Diese Frage und ihre Interpretation entzweit europäische Politiker. Ausgangspunkt dieser Meinungsverschiedenheiten ist ein entsprechender Vorschlag des französischen Präsidenten Emmanuel Macron.² Klar wird bei seinem Vorstoß, dass sich diese Forderung gegen die starke Bindung Westeuropas an die USA richtet und einen eigenständigen europäischen Ansatz verfolgt. In einem Gastbeitrag für das US-amerikanische Magazin „Politico“ widerspricht die deutsche Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer diesem Ansatz und betont die Stärkung der transatlantischen Achse: „Illusions of European strategic autonomy must come to an end: Europeans will not be able to replace America’s crucial role as a security provider.“³

Handelt es sich bei dieser Auseinandersetzung „nur“ um Wortklauberei, wie Major und Mölling sie kommentieren,⁴ oder kommt in dieser scheinbaren Meinungsverschiedenheit ein grundlegender Unterschied in der Bewertung des atlantischen Bündnisses zum Ausdruck? Was wären die Konsequenzen einer strategischen Autonomie und gibt es – jenseits der Wortklauberei – Alternativen, die beide Positionen befriedigen? Wie soll sich Deutschland in der weiteren Debatte verhalten und welcher Weg für zukünftige Diskussionen ist angezeigt? Mit diesen Fragen wird sich das vorliegende Statement beschäftigen.

Strategische Autonomie – Eine Begriffsbestimmung

Um sich dem Thema zu nähern, betrachten wir zunächst, was man unter „strategischer Autonomie“ zu verstehen hat.

Wenden wir uns zunächst dem Wort „Autonomie“ zu. Nach der Definition von Lutz-Bachmann, die vom griechischen Wortstamm *autós* (selbst) und *nómos* (Gesetz) ausgeht, ist Autonomie „im wörtlichen Sinn Selbstgesetzgebung, im weiteren Sinn auch Selbstbestimmung.“⁵

¹ Clausewitz 191991: 209

² Vgl. Deutsche Welle 2020.

³ Kramp-Karrenbauer 2020.

⁴ Vgl. Major/Mölling 2020.

⁵ Vgl. Lutz-Bachmann 2019.

Wenn in der europäischen Debatte um das strategische Verhältnis zu den USA und um eine strategische Eigenständigkeit Europas der Begriff der „Autonomie“, also der Selbstbestimmung, angemessen verwendet wird, dann konzentriert sich diese Debatte auf die Frage nach den Voraussetzungen dafür, europäische Anliegen überhaupt definieren und zum gemeinsamen Ziel machen zu können. Dieser Gedanke wäre dann zielführend, wenn es sich um sicherheitspolitisch relevante Themen handeln würde, die die nichteuropäischen Staaten der NATO nicht oder nur am Rande berührten. Hierbei soll als Beispiel der Prozess um den Staatszerfall Jugoslawiens angeführt werden.⁶ Diese Anliegen ggf. auch ohne oder gar gegen die amerikanischen Partner durchsetzen zu können, wäre dagegen nicht eine Frage der strategischen Autonomie, sondern eine der strategischen Autarkie.

Wenden wir uns nun dem Begriff „Strategie“ zu. Der Begriff der „Strategie“ wird in den vielfältigsten Bedeutungen und in ganz verschiedenen Verwendungszusammenhängen gebraucht. Versuchen wir daher zunächst zu bestimmen, was wir für die weiteren Überlegungen unter diesem Begriff verstehen. Dazu möge ein Blick auf die militärische Tradition, aber auch auf die heute in der Wirtschaft gängigen Definitionen helfen. Dabei wollen wir auch versuchen, Unterschiede dieser Strategiebegriffe zu erkennen, die auch Fehlinterpretationen und Missverständnisse jeweils begünstigen und auch ein Auslöser des derzeitigen „Deutsch-Französischen-Strategiestreites“ sein können. Wagener schreibt dazu: „Denn der Begriff der Strategie wird von Entscheidungsträgern in der Regel unbedacht verwendet. Typisch ist z. B. in diesem Zusammenhang, etwas als Strategie zu bezeichnen, was in der Praxis lediglich auf eine Aneinanderreihung aktueller, halbwegs logisch verknüpfter politischer Handlungen hinausläuft.“⁷ Raschke gibt mit auf den Weg: „Strategien setzen keine spezifischen Erscheinungsformen voraus. Ihre Qualität als Strategie erreichen sie nicht durch die Art ihres Zustandekommens oder den Grad ihrer Ausarbeitung, sondern durch den speziellen Charakter der ihnen zugrunde liegenden Orientierung und Kalkulationen“⁸

Zunächst sei ein Blick in die Wirtschaft erlaubt. Dort wird unter „Strategie“ vor allem eine langfristig zweckrationale Planung verstanden. So definiert beispielsweise Paulsen für Wirtschaftsunternehmen die Strategie wie folgt: „In einem Unternehmen wird unter einer Strategie eine Vorgehensweise beschrieben, die einem genauen Plan unterliegt. Sowohl die Zielsetzung selbst als auch die Art und Weise des Prozesses spielen dabei eine Rolle. Die Entwicklung einer Strategie lässt sich dabei als ein langwieriger Prozess beschreiben, bei dem, wie so oft, die Vision am Anfang steht.“⁹ Derartige Planungen erweisen sich allerdings unter einer Langfristperspektive oft – durch Umstände von Zeit

⁶ Vgl. Melic 2007; Glenny 1993; Spasovska 2015; Spasovska 2000.

⁷ Wagener 2010 (im Absatz „Von der Feldherrenkunst zur Gesamtstrategie“).

⁸ Raschke/Tils 2013: 177.

⁹ „Strategieentwicklung: Der Weg zum Erfolg“ auf der Website des Unternehmens WCG: <https://www.wcg.de/entwicklung-einer-strategie/>, zuletzt aufgerufen am 03.12.2020.

und Lage bedingt – als durchaus kurzlebig. Daher greift für Oetinger die alleinige Beschränkung auf die üblichen unternehmerischen Strategieüberlegungen unter historischer Perspektive zu kurz. „Ganz offensichtlich sind alle betriebswirtschaftlichen Strategieschulen so sehr zeitbedingt und den Umständen der jeweils aktuellen Wirtschafts- und Wettbewerbslage ausgesetzt, dass sie nach einiger Zeit ihre Erklärungskraft einbüßen. Viele einst als Wundermittel gepriesene Strategie-Konzepte haben den Charakter von Werkzeugen niemals verlassen [...]. Als Werkzeuge mögen sie den ihnen vorgeschriebenen Zweck erfüllt haben, aber Anspruch auf die Entwicklung einer wahrhaften Strategie dürfen diese ‚Tools‘ wohl kaum erheben.“¹⁰ Oetinger fordert daher die Rückbesinnung auf die Ursprünge des strategischen Denkens auch für Unternehmen.

Bevor wir dem Ratschlag Oetingers folgen, ist es allerdings hilfreich, den Begriff zeitlicher Langfristigkeit, also der Zukunft (ich vermeide bewusst den Begriff „Vision“ um nicht mit Helmut Schmidt in Konflikt zu geraten¹¹), für die eigene weitere Betrachtung zu konkretisieren. Wir müssen unser Handeln also an einer Realität ausrichten, die heute noch nicht klar absehbar ist. Daher sind alle Zukunftsprognosen auf begründete Annahmen mit hinreichender Sicherheit auszurichten. In den Worten von Buckminster Fuller: „Die Zukunft wird uns immer überraschen, aber sie sollte uns nicht überrumpeln.“¹² Dies ist es, was eine „Vision“ von klaren Zukunftsbildern unterscheidet, auf die sich eine Strategie sinnvollerweise richten kann.

„Strategie“ im Kontext der politischen und militärischen Bedeutung sei zunächst einmal bestimmt mit einer Definition von Clausewitz. Dieser definiert die Strategie als: „[...] die Lehre vom Gebrauch des Gefechts zum Zweck des Krieges; sie muss also dem ganzen kriegerischen Akt ein Ziel setzen, welches dem Zweck desselben entspricht.“¹³ Weiterhin lesen wir bei Clausewitz, dass eine Strategieentwicklung nicht starr ist, sondern sich immer flexibel den jeweiligen Gegebenheiten anpassen muss. Er schreibt: „Da sich alle diese Dinge meistens nur nach Voraussetzungen bestimmen lassen, die nicht alle zutreffen, [...] so folgt von selbst, dass die Strategie mit ins Feld ziehen muss, um das Einzelne an Ort und Stelle anzuordnen und für das Ganze die Modifikation zu treffen, die unaufhörlich erforderlich werden.“¹⁴ Auch unterscheidet Clausewitz zwischen Taktik und Strategie nach den Prinzipien einer Hierarchie von Zweck und Mitteln: „Die Taktik [ist] die Lehre vom Gebrauch der Streitkräfte im Gefecht, die Strategie die Lehre vom Gebrauch der Gefechte zum Zweck des Krieges.“¹⁵

¹⁰ Oetinger 2003: 4.

¹¹ „Wer das [...] Zitat von Helmut Schmidt für bare Münze hält, täuscht sich. Schmidt war ein Visionär. Nur eben kein Träumer: Visionen mussten für ihn greifbar sein, Ideen waren wertlos, wenn sie nicht umgesetzt wurden. Und sie durften niemals den Namen ‚Vision‘ tragen“ (Meyer 2015).

¹² Trommsdorff/Steinhoff 2013: 199.

¹³ Clausewitz ¹⁹1991: 345.

¹⁴ Clausewitz ¹⁹1991: 345.

¹⁵ Clausewitz ¹⁹1991: 271.

Wichtig erscheint in der Diskussion um die Anwendung der Ideen von Clausewitz in der heutigen Zeit die Bemerkung von Herberg-Rothe: „Clausewitz hat ja eine hochkomplexe Theorie der Kriegsführung geschrieben, kein Kochbuch. Das eine richtige Rezept für eine siegreiche Kriegsführung gibt es nicht, das betonte er immer wieder und das stimmt sicher bis heute. Ein guter Strategie analysiert vorher sehr genau seine Situation, bevor er seine nächsten Schritte plant. Höhenflüge sind keine gute Voraussetzung für eine rationale Entscheidung.“¹⁶

Wollen wir in diesem Sinne die von Clausewitz dargestellte Sichtweise jetzt auf die Ebene der Sicherheitspolitik übertragen, so sollten wir neben dem Begriff „klare Zukunftsbilder“ auch über die Begriffe „Ziel“ und „Modifikation“ sprechen. Da die Theorie von Clausewitz auch in der französischen Strategiediskussion präsent und bestimmend ist, könnte man die begründete Erwartung haben, dass sich deutsche und französische Strategieüberlegungen in ähnlichen Bahnen entwickeln.¹⁷ Daher sind die eingangs skizzierten strategischen Missverständnisse und Auffassungsunterschiede besonders überraschend und erklärungsbedürftig.

Worin liegen diese Unterschiede, die es den Politikern in Frankreich und Deutschland schwer zu machen scheinen, einen strategischen Konsens zu finden? Zu nennen ist die geschichtliche Ausgangsposition in Bezug auf die Frage der nationalen Interessen. Großmächte, auch solche die sich nur dafür halten, stellen das nationale Interesse ausdrücklich auch ins Zentrum ihrer Bündnispolitik. So definieren u. a. die USA, China, Russland, Frankreich und Großbritannien zunächst ihre eigenen nationalen Interessen und versuchen diese **mit** einem Bündnis zur Geltung zu bringen und zu maximieren. Bündnisse werden eingegangen, wenn sie einen Nutzen für die nationalen Interessen versprechen. Mittelmächte dagegen streben, getrieben von ihrer vermeintlichen Schwäche, die Verwirklichung ihrer Ziele vornehmlich **durch** Bündnisse an. In geradezu paradigmatischer Weise präsentiert sich die Mittelmacht Deutschland, geschichtlich durch das Unrechtsregime des Dritten Reiches vorbelastet, in diesem Kontext. Dabei bedienen sich Mittelmächte eher der Argumente übernationaler Ziele, des allgemeinen Interesses und der Rechtsprinzipien, die sie als moralische Autorität erscheinen lassen. Sicherheitspolitisch wird dies besonders deutlich, wenn man auf die entsprechenden Passagen zum Einsatz der Streitkräfte im deutschen Grundgesetz blickt. Deren Deutung fasst der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages wie folgt zusammen: „Die Einbindung der Bundeswehr in kollektive Sicherheitsstrukturen ist ein ‚Markenzeichen‘ der deutschen Sicherheitspolitik sowie der Wehrverfassung des Grundgesetzes; [...]“ Und weiter: „Auslandseinsätze bedürfen, [...] einer parlamentarischen Zustimmung des Bundestages“.¹⁸ Das militärstrategische Subjekt in Deutschland ist also der Deutsche Bundestag, während über den Einsatz

¹⁶ Trappe 2015 (Herberg-Rothe im Interview, dritte Frage).

¹⁷ Vgl. Kleyser 2014 (Abschließende Bemerkungen).

¹⁸ Deutscher Bundestag – Wissenschaftliche Dienste 2016: 23

französischer Streitkräfte in letzter Instanz allein der französische Präsident entscheidet. Die Unterschiede der Strategiedebatten zwischen Deutschland und Frankreich erklären sich also auch durch Unterschiede in den Entscheidungskulturen. Dies zu verstehen, ist ein erster Ansatz für die Vermeidung von Missverständnissen auf beiden Seiten.

Trotz dieser unterschiedlichen Entscheidungskulturen in Deutschland und Frankreich eint beide Nationen das Verständnis, dass der Einsatz der Streitkräfte nie exklusiv zu verstehen ist, sondern immer in einem Mix verschiedener staatlicher Maßnahmen. Die Begriffe „Vernetzte Sicherheit“ und „Ressortgemeinsamer Ansatz“ sind der deutsche Ausdruck dieses Selbstverständnisses. Schwarz meint dazu: „Das militärische Instrumentarium spielt in dieser Faktorenreihe selten eine exklusive Rolle. In jedem Falle entwickeln Streitkräfte ihren politischen Wert angesichts der Risiken moderner militärischer Macht nur unter gezielter politischer Kontrolle.“¹⁹ Allerdings ist die französische *planning* und Wirtschaftspolitik noch viel deutlicher strategisch bestimmt als die deutsche Politik, die sich hiermit eher schwertut, wie die Reaktionen auf die Ausführungen des ehemaligen deutschen Präsidenten Köhler verdeutlichen.²⁰

Die Strategie wird durch ihr Ziel bestimmt, nicht das Ziel durch die Strategie!

Fasst man die Quintessenz der vorherigen Diskussion zusammen, so steht immer das Ziel am Ausgangspunkt jeder Strategieentwicklung. Und gerade bei diesem Ziel, welches bei einer strategischen Autonomie Europas von allen Mitgliedsländern erarbeitet und beschlossen werden müsste, krankt die Realität der französischen Forderung. Das Fehlen gemeinsamer europäischer Ziele scheint auch den ehemaligen Außenminister Fischer zu bewegen, wenn er fordert: „Wir Deutsche müssen wieder anfangen, strategisch zu denken“.²¹

Als Ursache für diese europäische Schwäche in der strategischen Diskussion können wir erkennen, dass sich die EU – anders als die NATO – als eine wirtschaftliche Organisation begründet hat. Daher spielt in ihr die Sicherheitspolitik bislang eine deutlich geringere Rolle als in der NATO. „Die Schaffung der Europäischen Union hatte zum Ziel, den zahlreichen blutigen Kriegen zwischen den Nachbarländern, die im Zweiten Weltkrieg mündeten, ein Ende zu setzen. Seit dem Jahr 1950 beginnt mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl die wirtschaftliche und politische Vereinigung der europäischen Länder zur Sicherung eines dauerhaften Friedens.“²² – Mit dieser Beschreibung auf

¹⁹ Schwarz 2019: 219–226.

²⁰ Vgl. Süddeutsche Zeitung 2011.

²¹ Joschka Fischer anlässlich des NATOTalk 2020 der Deutschen Atlantischen Gesellschaft, ab 04:14:35 des Beitrages: <https://www.youtube.com/watch?v=BaMJQ0A930E>, zuletzt aufgerufen am 02.12.2020.

²² Website der Europäischen Union, „Die Geschichte der Europäischen Union 2020“: https://europa.eu/european-union/about-eu/history_de, zuletzt aufgerufen am 03.12.2021 (zweiter Absatz).

der Website der Europäischen Union wird deutlich, dass das gemeinsame Interesse zwar die Verhinderung von Kriegen durch eine starke wirtschaftliche Verschmelzung war, sich diese „Kriegsverhinderung“ aber nach Innen richtete und zunächst kaum eine außenpolitische Dimension besaß. Zwar wird in den letzten Jahrzehnten immer wieder der Begriff einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik bemüht, doch im Vergleich zur wirtschaftlichen Integration ist dieser Bereich der Politik weniger durch substanzielle Fortschritte als durch große Ankündigungen und vergleichsweise kleine Projekte auf eher strategischer Ebene (PESCO – Permanent Structured Cooperation) gekennzeichnet; ein „roter Faden“ der europäischen Politik auf dem Feld der Außenpolitik ist schwer zu erkennen.

Zwischenfazit

Wie wichtig eine eigene Strategiediskussion vor allem in Deutschland und mit Blick auf Europa ist, wird auch in einer Analyse der Friedrich-Ebert-Stiftung deutlich zum Ausdruck gebracht, die bemerkt: „Der deutschen Positionierung in den multilateralen Foren von UN, NATO und EU fehlt es notorisch an strategischer Orientierung, konzeptioneller Ausrichtung und Gestaltungswillen. Die deutsche Sicherheitspolitik bewegt sich zwar im Geleitzug der internationalen Gemeinschaft, fährt aber faktisch ohne eigenen Gestaltungsanspruch, was dem politischen Gewicht Deutschlands und den Erwartungen der Partner nicht mehr entspricht. Die deutsche Formel der »Kultur der Zurückhaltung« ist ein Motto, das Strategiefähigkeit nicht ersetzen kann.“²³

In dieser Diagnose eines Defizits spielen die zuvor angedeuteten Begriffe „Klare Zukunftsbilder – Ziel – Modifikation“ eine entscheidende Rolle.

Bislang scheint es so, dass es sich bei der oben angeführten Debatte zwischen Deutschland und Frankreich eher um eine „toxische Wortklauberei“ im Sinne von Claudia Major und Christian Mölling handelt, als um fundamentale Auffassungsunterschiede.²⁴ Diese vermeintliche Wortklauberei besitzt aber eine durchaus entscheidende politische Bedeutung, denn es dürfte ihr ein grundsätzliches Missverständnis der jeweiligen Ausgangspunkte zugrunde liegen, wie der folgende Abschnitt zu zeigen versucht.

Was steckt hinter der aktuellen Debatte?

Nun ist es nicht so, dass sich Europa bislang keine Gedanken um seine strategische Ausrichtung gemacht hätte und erst der französische Präsident ein Vorreiter für strategische Überlegungen zu den Handlungsmöglichkeiten Europas gewesen wäre. In Deutschland hat sich der ehemalige Wehrbeauftragte Bartels bereits 2017 mit diesem Thema beschäftigt.²⁵ Ironischerweise trägt sein Buch

²³ Friedrich-Ebert-Stiftung 2014: 1.

²⁴ Vgl. Major/Mölling 2020.

²⁵ Vgl. Bartels et al. 2017.

den Titel „Strategische Autonomie und die Verteidigung Europas“ und bereits am 28. Juni 2016 hat die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, den europäischen Staats- und Regierungschefs ihr Konzept einer globalen Strategie für die Sicherheits- und Außenpolitik der Europäischen Union²⁶ vorgestellt. Am 24. Juni 2020 präsentierte dann der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Margaritis Schinas, die EU-Strategie für die Sicherheitsunion für den Zeitraum 2020 bis 2025.²⁷

Diese Strategiepapiere sind nicht ohne Widerspruch und Kritik geblieben, und ihre Defizite sind artikuliert worden; „das Dokument liest sich wie eine der vielen Absichtserklärungen, in denen zu mehr Einigkeit in der GASP aufgerufen wird. Es enthält ein Plädoyer für eine auf den ersten Blick erstaunlich defensive außenpolitische Gesamtausrichtung, die um den Begriff der Resilienz kreist“, schreibt Bendiek.²⁸ Sie sieht aber in dieser Haltung auch die Chance, „dass die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen, insbesondere die zwischen der EU und der Nato, Aufwind erhalten“.²⁹

Aber auch Mogherini selbst bringt das große Defizit der europäischen Außenpolitik, nämlich das Fehlen von Strategie und strategischen Zielen, deutlich zum Ausdruck: „In schwierigen Zeiten ist eine Union stark, die strategisch denkt, eine gemeinsame Vision verfolgt und geschlossen handelt [. . .]. Dies ist keine Zeit für Unsicherheit; unsere Union braucht eine Strategie. Wir benötigen eine gemeinsame Vision und ein gemeinsames Vorgehen.“³⁰

Ist die von Macron angestoßene erneute politischen Debatte um eine strategische Autonomie Europas nun getrieben von dieser Kritik oder ist die aufgestellte Forderung nach mehr Eigenständigkeit Europas vielmehr die Fortsetzung einer französischen Politik, die Brigit Kaspar mit dem Titel „Traditionelles Fremdeln mit der NATO“³¹ beschreibt? Nicht erst Macrons 2019 geäußerte Meinung: „What we are currently experiencing is the brain death of NATO“³² zeigt das französische (Miss-?)Verhältnis zur NATO. Frankreichs Verhältnis zur NATO hat sich im Verlauf der letzten 71 Jahre immer wieder als widersprüchlich erwiesen und die französischen Vorbehalte gegen die NATO und ihre Institutionen bezogen sich dabei vor allem auf die Frage des Geltungsbereiches des NATO-Vertrages, auf die nukleare Verteidigung und Abschreckung sowie insbesondere auf die Einbeziehung der französischen Atomwaffen in die gemeinsamen Verteidigungsbestrebungen.³³ Ist es dieses „Fremdeln“ Frankreichs, der Grande Nation, gegenüber der NATO, in deren Bündnis sie sich aufgrund der Dominanz der USA nicht richtig wahrgenommen fühlt, was strategische Missverständnisse und

26 Rat der Europäischen Union 2016.

27 Vgl. Europäische Kommission 2020.

28 Bendiek 2016: 1.

29 Bendiek 2016: 1.

30 Rat der Europäischen Union 2016: 2.

31 Vgl. Kaspar 2020.

32 Vgl. Macron in einem Interview mit The Economist vom 07.11.2019 (The Economist 2019).

33 Vgl. Digital Research in European Studies 2016: 2.

Auffassungsunterschiede zwischen Deutschland und Frankreich auch in der gegenwärtigen Situation provoziert?

Unabhängig davon, welchen Einfluss auf die gegenwärtige Debatte die schon traditionelle Fremdheit der französischen Eliten gegenüber dem Nordatlantik als Hauptsicherheitsperspektive hat, muss natürlich die Frage gestellt werden, wie Frankreich an einer strategischen Autonomie Europas mitwirken oder diese unterstützen würde. Würde Frankreich seine strategischen Entscheidungen an europäische Institutionen abtreten wollen? Wäre der französische Präsident bereit, die von ihm geforderte europäische Autonomie z. B. durch die Einbeziehung der französischen Atomwaffen in das Arsenal europäischer Selbständigkeit zu unterstützen, um der Glaubwürdigkeit Europas Nachdruck zu verleihen? Dürften Länder, die, wie die Bundesrepublik Deutschland, auf Atomwaffen verzichtet haben, an einer solchen strategischen Integration teilnehmen oder würde sich dadurch der 2+4-Vertrag erledigen und die deutsche Einheit geschichtlich anders bewertet werden?

Bislang scheint es aber noch nicht einmal so, dass eine Unterstellung der französischen Atomwaffen unter ein Regime der EU überhaupt denkbar wäre, denn obwohl Präsident Emmanuel Macron den europäischen Partnern bereits Anfang 2020 einen „strategischen Dialog“ angeboten hat, machte er zugleich klar, dass der Präsident der Französischen Republik die Kontrolle über die französischen Atomwaffen behalten will.³⁴

Sollte sich die deutsche Politik entschließen den französischen Weg mitzugehen, dann stellte sich die Frage, welche Rolle Frankreich für ein eigenständiges Bündnis spielen kann. In der NATO ist die Frage der Führungsnation unbestritten: Die USA werden als Großmacht allgemein anerkannt.³⁵ Dem französischen Anspruch obläge es nun, in einem europäischen Bündnis die Rolle als Großmacht einzunehmen. Doch ist dieser Gedanke einer Großmacht Frankreich heute überhaupt noch aktuell, wenn im „Best Countries Ranking 2020“ Frankreich nur den sechsten Platz (Faktor 6,7) hinter Großbritannien (Platz 5 – Faktor 8,3) und Deutschland (Platz 4 – Faktor 8,6) belegt?³⁶

Nähern wir uns dieser Frage also mit Blick auf die Definition des Begriffs „Großmacht“. Der Duden beschreibt eine Großmacht als Staat, der so viel Macht besitzt, dass er einzeln oder im Bündnis mit anderen Staaten einen erheblichen Einfluss auf die internationale Politik ausübt.³⁷ Das Online-Lexikon Lexas defi-

³⁴ Vgl. Schuster 2020.

³⁵ Schon 1997 schrieb Zbigniew Brzezinski im Hinblick auf die USA: „Die einzige Weltmacht“ (Brzezinski 1997), die aktuellen Zahlen des „Best Countries Ranking 2020“ bestätigen dies auch heute: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/732066/umfrage/top-20-der-maechtigsten-laender-nach-dem-best-countries-ranking/>, zuletzt aufgerufen am 28.01.2021.

³⁶ Vgl. Statista 2020: Internationale Länderdaten – Ländergruppen & Organisationen – Ranking der 20 mächtigsten Länder nach dem „Best Countries Ranking 2020“: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/732066/umfrage/top-20-der-maechtigsten-laender-nach-dem-best-countries-ranking/>, zuletzt aufgerufen am 28.01.2021.

³⁷ Siehe zur Bedeutung des Wortes Großmacht die aktuelle Internetausgabe des Duden: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Groszmacht>, zuletzt aufgerufen am 28.01.2021.

niert den Begriff weitreichender: „Als Großmacht bezeichnet man einen Staat, der einen wesentlichen geopolitischen Einfluss hat. Es gibt allerdings keine eindeutige und allgemein akzeptierte Definition, so dass es im Einzelfall umstritten sein kann, ob ein Staat als Großmacht gelten kann. Häufig wird als Kriterium für den Begriff angeführt, dass eine defensive Großmacht allein gegen jeden anderen Staat militärisch bestehen kann. Eine offensive Großmacht hingegen muss in der Lage sein, weltweit militärisch Einfluss zu üben.“³⁸

Nehmen wir die letztgenannte Definition, so erkennen wir, dass Frankreich keine offensive Großmacht mehr ist. Ob es den Status einer defensiven Großmacht hat, darf in Zweifel gezogen werden. Dies besonders, wenn man sich eine potentielle Bedrohung durch andere Groß- oder Supermächte ansieht.

Hingegen wäre das in der Definition aufgeführte Argument des Besitzes von Atomwaffen und der ständige Sitz im Weltsicherheitsrat ein klares Zeichen für eine Großmachtstellung Frankreichs. Dies allerdings nur, wenn man diese Argumentation als stichhaltig und ausschließlich betrachtet. Ein kritischer Blick zeigt, dass ein ständiger Sitz im Sicherheitsrat nur dann eine Großmachtstellung unterstreicht, wenn dem in diesem Gremium ausgeübten Einfluss auch eigenständige Taten folgen lassen und somit einen erheblichen Einfluss auf Andere ausüben könnte. Sieht man sich den Einfluss der fünf Vetomächte auf die internationale Politik an, so ist die Rolle Frankreichs eher als Mittelmacht zu bezeichnen. Weiterhin ist das letzte für Frankreich als Großmacht sprechende Argument der Besitz von Atomwaffen. Allerdings ist dieses Argument eher im geschichtlichen Kontext zu sehen, in der heutigen realen Welt, mit einer Vielzahl von Atommächten, ist es hingegen nicht mehr stichhaltig.

Es bleibt also die Feststellung, dass Frankreich im internationalen Maßstab keine Großmacht darstellt. Sicher ist der französische Einfluss im internationalen Rahmen nicht klein zu reden, doch entspricht er eher dem Status einer Mittelmacht oder einer Anlehnungsmacht, was bedeutet, dass Frankreich seine Bedeutung nur in einem Bündnis zum Ausdruck bringen kann, was wiederum der These einer alleinigen europäischen Strategie, aufgrund ihrer mangelnden Durchsetzungskraft, widerspricht.

Auch sollte man sich in der jetzt angestoßenen Debatte nicht von den zurückliegenden vier Jahren der Trump-Regierung allein leiten lassen, die den zumindest verbalen Tiefpunkt im transatlantischen Verhältnis bedeutet haben. Besonders Macron hat dies als Reaktion auf seine Hirntodäußerungen hinnehmen müssen, als der amerikanische Präsident diese „böse, beleidigend, gefährlich“ nannte, mit ihm vor laufenden Kameras abrechnete und auch in wirtschaftlicher Hinsicht weitere Strafzölle gegen Frankreich bestätigte.³⁹ Erkennbar und unbestritten bleibt aber, trotz der Polemik und zweckgerichteten Rhetorik, dass die USA ein berechtigtes Interesse an einer gerechteren Lastenverteilung innerhalb des Bündnisses haben und dass diese auch 2014 in

³⁸ Lexas Internetausgabe 2012: Bedeutung des Wortes Großmacht: <https://www.lexas.de/staaten/grossmaechte.aspx>, zuletzt aufgerufen am 28.01.2021.

³⁹ Vgl. Die Welt 2019.

Wales versprochen wurde.⁴⁰ Diese bereits von Barak Obama geäußerte Forderung nach der Erfüllung dieser Vereinbarung, wird auch nach dem vollzogenen Machtwechsel in den USA nicht von der Tagesordnung verschwinden. Die Erkenntnis der deutschen Bundeskanzlerin „Amerika ist und bleibt unser wichtigster Verbündeter. Aber es erwartet von uns – und dies zu Recht – stärkere eigene Anstrengungen, um für unsere Sicherheit zu sorgen und in der Welt für unsere Überzeugungen einzutreten [. . .]“,⁴¹ dürfte auch das Verhältnis Europas zur neuen amerikanischen Administration besser beschreiben, als es Parolen einer strategischen Entkoppelung realistischere beschreiben können.

Ausgangspunkt der Überlegungen für eine Stärkung der europäischen Verteilungsanstrengungen ist für Merkel also wohl nicht die Idee einer strategischen Loslösung Europas von Amerika, sondern es sind die transatlantischen Beziehungen als zentraler Pfeiler der Außen- und Sicherheitspolitik, der – so die Kanzlerin – in unserem ureigenen Interesse erhalten werden muss: „Wir sollten nie vergessen, dass Europa nicht neutral ist“, so Merkel. „Europa ist Teil des politischen Westens.“ Wenn sich Europa in der Welt behaupten wolle, müsse es sein Schicksal stärker in die eigene Hand nehmen und gleichzeitig „als verlässlicher Partner der westlichen Werte- und Interessengemeinschaft agieren“.⁴²

Anforderungen an die deutsche Politik

Was bedeutet die Aussage der Kanzlerin nun für die deutsche Politik in und für Europa und welche Anforderungen sind mit ihr verbunden?

Zunächst sollte die deutsche Politik dem Reflex widerstehen, die französischen Ideen, sofern sie auf eine strategische Entkopplung Europas von Amerika hinausliefen, als europäische Richtschnur für die weiteren Gedanken zu einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik zu verstehen. Auch die Aussagen der Verteidigungsministerin Kramp-Karenbauer zielen in dieselbe Richtung wie die der Kanzlerin und unterstreichen die Wichtigkeit der transatlantischen Bindungen, wobei sie aber die Frage einer eigenen oder gar europäischen Strategie (leider) nicht beantworten.

Bei aller Notwendigkeit einer starken deutsch-französischen Zusammenarbeit, die weit über das sicherheitspolitische Thema hinausgeht, ist doch festzuhalten, dass französische Politik sich immer an den französischen Interessen ausrichtet. Daher wird die französische Sichtweise nicht zwingend die gemeinsame Sichtweise der europäischen Staaten innerhalb der Union sein. Es gilt zu verhindern, dass ein (weiterer) Spalt zwischen die europäischen Staaten getrieben wird, der am Ende zu einer Schwächung und nicht zu einer Stär-

⁴⁰ Vgl. Deutscher Bundestag – Wissenschaftliche Dienste 2017.

⁴¹ Vgl. Brössler 2020.

⁴² Vgl. Rede von Bundeskanzlerin Merkel im Rahmen der Veranstaltung „Außen- und Sicherheitspolitik in der deutschen EU-Ratspräsidentschaft“ der Konrad-Adenauer-Stiftung am 27. Mai 2020 (Merkel 2020).

kung des europäischen Gedankens beiträgt. Dass diese Gefahr real ist, zeigen die vergangenen Diskussionen um eine (nicht) gemeinsame Flüchtlingspolitik der EU,⁴³ die unterschiedliche Sichtweise bei der Frage nach einer einheitlichen Schuldenpolitik⁴⁴ und die Frage einer Konditionierung von EU-Hilfen an rechtsstaatliche Grundprinzipien.⁴⁵ Insbesondere auch, da es gerade bei den östlichen EU-Staaten eine starke Bindung an die USA gibt.

Die Bedeutung für den Zusammenhalt der Gemeinschaft wird erkennbar, wenn man sich mit den Grundzügen der Clubtheorie beschäftigt.⁴⁶ Diese geht nach Kuchta davon aus, dass eine Gemeinschaft solange funktioniert, wie „[...] der Grenznutzen, der durch die positive Externalität des Konsums entsteht, gleich den Grenzkosten des zusätzlichen Mitglieds ist, die sich aus der teilweisen Rivalität im Konsum ergeben.“⁴⁷ Heruntergebrochen auf die politische Diskussion bedeutet dies, dass die Mitglieder ein ausgewogenes Verhältnis zwischen eigenem Nutzen und Fremdnutzen im Auge behalten müssen. Kommt ein Mitglied nämlich zu dem Schluss, dass seine Grenzkosten den Nutzen nicht mehr aufwiegen, so folgt der Austritt aus dem Club. Ein warnendes Beispiel für die Richtigkeit dieser clubtheoretischen Überlegungen ist der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union (BREXIT). Dabei spielt es in der Praxis kaum eine Rolle, ob die Grenzkostenfrage schlüssig beantwortet wird oder dem allgemeinen „Baugefühl“ entspricht, wie man am britischen Beispiel sieht. Dass die eigentlich für wirtschaftliche Beziehungen ausgestaltete Clubtheorie, die sich insbesondere mit der Frage der optimalen Mitgliederzahl des Clubs beschäftigt, auch im Bereich der Sicherheitspolitik Anwendung finden kann, macht Schemm-Gregory deutlich, wenn er schreibt, dass zur Clubtheorie „mindestens auch die Produkte ‚Währungsunion‘ und ‚Raum der Sicherheit, Freiheit und des Rechts‘ hinzugezogen werden [müssen].“⁴⁸

Die deutsche Politik sollte sich hüten, auf einen französischen Zug in der Frage einer gemeinsamen Sicherheitspolitik aufzuspringen, ohne zu wissen, wohin dieser Zug fährt. Diese Skepsis gegenüber einer vorschnellen Entkopplungsstrategie von den USA ist keineswegs gegen Frankreich gerichtet, sondern liegt vielmehr im Interesse eines vereinten Europas.

Allerdings kann sich Deutschland auch nicht darauf beschränken, die europäischen Strategiedokumente (2016/2020) nur zur Kenntnis zu nehmen, weil „die Strategie mit ins Feld ziehen muss.“⁴⁹ Dies bedeutet, dass sie in regelmäßigen Abständen einer kritischen Überprüfung und Anpassung zu unterziehen sind, und darin könnte ein sinnvolles Anliegen der Initiative Macrons ebenso

⁴³ Vgl. Heinrich-Böll-Stiftung 2020: Dossier: Grenzerfahrung – Flüchtlingspolitik in Europa: <https://www.boell.de/de/dossier-grenzerfahrung-asyl-und-fluechtlingspolitik-europa>, zuletzt aufgerufen am 03.12.2020.

⁴⁴ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2016.

⁴⁵ Vgl. Marschall 2020.

⁴⁶ Siehe Cornes/Sandel 1986 (ein Standardwerk für die Clubtheorie).

⁴⁷ Vgl. Kuchta 2010: Absatz 2.4.

⁴⁸ Vgl. Schemm-Gregory 2010: 351.

⁴⁹ Clausewitz ¹⁹1991: 345.

liegen, wie der Sinn der Aussage von Joschka Fischer, dass die Deutschen wieder lernen müssen, strategisch zu denken – im Sinne der Fragen: „mit wem haben wir es zu tun?“ und „mit was haben wir es zu tun?“⁵⁰

Fischer greift mit seiner Aussage allerdings zu kurz, da die deutsche Politik vor der Beantwortung der von ihm richtigerweise aufgeworfenen Fragen eigene Ziele definieren muss, um diese dann in die Diskussion mit den Europäischen Partnern einzubringen – mit dem Ziel einer gemeinsamen Sichtweise für eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Sollte sich Deutschland dieser internen Diskussion verweigern, so bleibt die Vision einer gemeinsamen europäischen Sichtweise in diesem Feld eine Utopie, weil man immer der Getriebene von anderweitigen Machtinteressen bleibt. Das deutsche Parlament wäre hier der geeignete Treiber für eine solche demokratisch getragene Zieldiskussion!

Sollten sich Deutschland und im Anschluss die Europäische Union auf gemeinsame Ziele für die Außen- und Sicherheitspolitik einigen, wäre erst dann eine gemeinsame europäische Strategie zur Erreichung dieser Ziele zu diskutieren und zu beschließen. In engem Schulterschluss mit den Verbündeten in der NATO ist dann, ausgehend in dieser Zielfestlegung, die „europäische Ablage“ zu den Zielen des Transatlantischen Bündnisses zu definieren, auf der eine eigenständige Antwort Europas gefunden werden muss.

Aus dieser Zielanalyse und der darauf aufbauenden Strategie sind anschließend die Fähigkeiten abzuleiten, die notwendig sind, um eine realistische Umsetzung des eigenständigen Beitrags Europas für seine „exklusiven Ziele“ zu gewährleisten. Dabei sind dann folgende Fragen zu stellen: „was haben wir bereits?“, „was fehlt uns?“ und „was ist uns diese eigene Strategie finanziell wert?“. Chandler war einer der ersten Managementtheoretiker, die erkannten, wie wichtig es ist, noch vor Festlegung der Organisationsstruktur einen Strategieplan zu entwickeln. Er fasste es folgendermaßen zusammen: „Struktur folgt der Strategie“.⁵¹ Dieses auf wirtschaftlich arbeitende Unternehmen gemünzte Postulat hat auch für die nationalen und internationalen Sicherheitsstrukturen einen hohen Stellenwert; insbesondere dann, wenn man einen Vernetzten Sicherheitspolitischen Ansatz wählt wie Deutschland!

Operative Autonomie statt strategische Autonomie?

Ohne bei diesem Prozess einem möglichen Ergebnis vorgreifen zu wollen, könnte sich bei der beschriebenen Vorgehensweise durchaus auch die Erkenntnis durchsetzen, dass die Ziele und damit auch die strategischen Überlegungen kaum von denen des NATO-Bündnisses abweichen, sondern sich nur in ihrer „regionalen Betroffenheit“ unterscheiden. Dies würde dann auch dem Gedanken von Wagener entsprechen, der bei der Sicherheitsstrategie erkennt, dass

⁵⁰ Joschka Fischer anlässlich des NATOTalk 2020 der Deutschen Atlantischen Gesellschaft, ab 04:14:50 des Beitrages: <https://www.youtube.com/watch?v=BaMJQOA930E>, zuletzt aufgerufen am 02.12.2020.

⁵¹ Vgl. Chandler 1998: 57.

„[...] sie je nach geographischer Positionierung des Akteurs von der Geostrategie beeinflusst wird.“⁵²

Ist dies der Fall, so muss sich Europa fragen, ob nicht eine operative Autonomie sinnvoller wäre als eine strategische Autonomie. Die Fähigkeit, europäische Probleme auch europäisch zu lösen, würde dann in den Vordergrund rücken und nicht mehr die Frage nach der Notwendigkeit einer von den USA (und Kanada) losgelösten europäischen Strategie. Operative Autonomie bedeutet dabei, so man dieser Sichtweise folgt, dass Europa mit dem Aufbau eigener Führungs-, Kommunikations- und Aufklärungskapazitäten Ernst macht und dabei nicht auf die Führung durch die USA angewiesen bleibt. Diese Idee ist nicht als Gegenpol zur NATO zu verstehen, sondern stellt vielmehr eine Ergänzung auch für die Effektivität und Handlungsfähigkeit dieses Bündnisses dar und kann die von den USA geforderte stärkere Lastenteilung deutlich und sinnvoll unterstreichen.

Schlussbemerkung

Die Debatte um die strategische Autonomie zeigt deutlich, wie durch unterschiedliche Definitionen eines Begriffes eine grundsätzlich gleiche Zielausrichtung verhindert wird. Neben der geschichtlich bedingten Frage des Stellenwertes eines nationalen Interesses wird auch deutlich, dass Deutschland einen dramatischen Nachholbedarf bei der Beschäftigung mit strategischen Fragen hat.

Dabei geht es nicht darum, die eigenen Vorstellungen für allgemeingültig zu erklären, sondern mit einer eigenen Meinung in den strategischen Diskurs mit den Verbündeten einzutreten. Dies greift den Gedanken der Friedrich-Ebert-Stiftung auf, die feststellt: „Werte und nationale Interessen sind in der Sicherheitspolitik zwei Seiten derselben Medaille und sollten nicht als entgegengesetzt und widersprüchlich wahrgenommen werden. Weder rein idealistisch-wertorientierte Einsätze ohne Berücksichtigung des nationalen Interesses noch rein national interessengeleitete Einsätze ohne Berücksichtigung unserer Wertvorstellungen sind angemessen. Eine offene, ehrliche und kritische Debatte, bei der geostrategische und ökonomische Interessen im Kontext unserer Wertvorstellungen diskutiert werden, ist daher in jedem Einzelfall notwendig.“⁵³

Deutschland kann von Frankreich lernen, mit welchen Mitteln man sich der Strategiefrage nähern kann. In Frankreich ist seit 2013 mit der France Stratégie eine autonome Institution, die dem Premierminister unterstellt ist, etabliert. Die France Stratégie trägt durch ihre Analysen und Vorschläge zum öffentlichen Handeln bei. Sie treibt die öffentliche Debatte an und beleuchtet kollektive Entscheidungen in sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Fragen. Auf Ersuchen der Regierung werden auch Bewertungen der öffentlichen Ordnung

⁵² Vgl. Wagener 2010 (Zitat im Absatz Sicherheitsstrategie).

⁵³ Friedrich-Ebert-Stiftung 2014: 1.

erstellt. Die Ergebnisse ihrer Arbeit richten sich an Behörden, die Zivilgesellschaft und die Bürger.⁵⁴

Die Fähigkeit, strategisch zu denken und damit die Zukunft zu gestalten, wird entscheidend für den Erfolg unserer Werteordnung bleiben. Vielleicht ergänzt um den chinesischen Pragmatismus in strategischen Fragen,⁵⁵ verspricht eine Debatte zu Strategien eine gewinnbringende Investition.

Europäisierung und Transatlantismus sind, ganz im Sinn von Fischer, keine Widersprüche – „Wir müssen es nur neu denken“, wie es der ehemalige Außenminister formuliert.⁵⁶ Vielleicht wird dieses neue Denken ja durch eine Änderung der Grundeinstellung der USA seit dem 20. Januar 2021 unterstützt.

Literaturverzeichnis

- Bartels, Hans-Peter/Kellner, Anna Maria/Optenhögel, Uwe (2017): Strategische Autonomie und die Verteidigung Europas, Verlag J.H.W. Dietz: Bonn.
- Bendiek, Annegret (2016): Die Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU (SWP-Aktuell 44, Juni 2016), https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2016A44_bdk.pdf, zuletzt aufgerufen am 05.12.2020.
- Brössler, Daniel (2020): „USA und Europa müssen zusammenstehen“, in: Süddeutsche Zeitung online vom 09.11.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/us-wahlen-usa-und-europa-muessen-zusammenstehen-1.5110130>, zuletzt aufgerufen am 03.12.2020.
- Brzezinski, Zbigniew (1997): Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Kopp Verlag e.K.: Rottenburg am Neckar.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2016): Europäische Schuldenkrise, in: Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. 6. Aufl. Mannheim: Bibliographisches Institut 2016. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2016, <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/159952/europaeische-schuldenkrise>, zuletzt aufgerufen am 03.12.2020.
- Chandler, Alfred D. (1998): Struktur folgt der Strategie, in: Carol Kennedy (Hg.), Management Gurus. 40 Vordenker und ihre Ideen, Gabler Verlag: Wiesbaden, S. 57–59.

54 Die Arbeiten der France Stratégie werden auf folgender Website publiziert: <https://www.strategie.gouv.fr/>, zuletzt aufgerufen am 23.02.2021.

55 Santer 2013: „Das chinesische Denken vom Situationspotential kann uns vielleicht anregen, unsere theoretisch und methodisch so ausdifferenzierten Strategieentwicklungen, bescheidener zu sehen und zu wissen, dass es mehr darauf ankommt, dass und wie wir gemeinsame Einschätzungen zur Ausgangssituation und möglichen Zielsituationen erarbeiten und wie wir zusammenhelfen, Schritt für Schritt viele kleinere und größere Hebel zu bewegen, die letztlich dazu führen können, dass ein erwünschter Erfolg eintritt – vielleicht anders als ursprünglich angedacht und weniger heroisch, aber dafür zielsicherer, zeitlich angemessener getaktet und mit weniger verschwendetem Ressourcen-Einsatz.“

56 Joschka Fischer anlässlich des NATOTalk 2020 der Deutschen Atlantischen Gesellschaft: ab 04:14:28 des Beitrages: <https://www.youtube.com/watch?v=BaMJQOA930E>, zuletzt aufgerufen am 02.12.2020.

- Clausewitz, Carl von (¹⁹1991): Vom Kriege: Hinterlassenes Werk des Generals Carl von Clausewitz. Vollständige Ausgabe im Urtext, hrsg. v. Werner Hahlweg, Ferdinand Dümmler Verlag: Bonn.
- Cornes, Richard/Sandler, Todd (1986): *The Theory of Externalities, Public Goods, and Club Goods*, Cambridge University Press: Cambridge.
- Deutsche Welle (2020): Macron tadelt Kramp-Karrenbauer für Absage an strategische Autonomie Europas, 16.11.2020, <https://www.dw.com/de/macron-tadelt-kramp-karrenbauer-f%C3%BCr-absage-an-strategische-autonomie-europas/a-55618176>, zuletzt aufgerufen am 03.12.2020.
- Deutscher Bundestag – Wissenschaftliche Dienste (2016): Verfassungsrechtliche Grundlagen für Auslandseinsätze der Bundeswehr, Aktenzeichen WD 2 – 3000 – 025/16 vom 16.02.2016, Fachbereich WD 2, <https://www.bundestag.de/resource/blob/416598/44c9aea5e7db605f1d9984afb68371f8/WD-2-025-16-pdf-data.pdf>, zuletzt aufgerufen am 04.12.2020.
- Deutscher Bundestag – Wissenschaftliche Dienste (2017): Kurzinformation: Zur Entstehungsgeschichte und rechtlichen Bindungswirkung der Zwei-Prozent-Zielvorgabe der NATO für den Anteil der nationalen Verteidigungsausgaben am jeweiligen Bruttoinlandsprodukt, <https://www.bundestag.de/resource/blob/505886/e86b5eccc480c0415bff0d131f99789f/wd-2-034-17-pdf-data.pdf>, zuletzt aufgerufen am 02.02.2021.
- Die Welt (2019): „Böse, beleidigend, gefährlich“ – Trump rechnet mit Macron ab, 03.12.2019, <https://www.welt.de/politik/ausland/article204004690/Nato-Trump-rechnet-mit-Macron-ab-Boese-beleidigend-gefaehrlich.html>, zuletzt aufgerufen am 05.12.2020.
- Digital Research in European Studies (2016): Themendossier Frankreich und die NATO, 08.07.2016, CVCE. European Navigator. Etienne Deschamps, http://www.cvce.eu/obj/frankreich_und_die_nato-de-e472def8-1567-480f-80d0-3b84f5204cfl.html, zuletzt aufgerufen am 03.12.2020.
- Europäische Kommission (2020): EU-Strategie für die Sicherheitsunion, Brüssel 24.07.2020, COM(2020) 605 final, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020DC0605&from=EN>, zuletzt aufgerufen am 05.12.2020.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (2014): Die deutsche Sicherheitspolitik braucht mehr Strategiefähigkeit, Arbeitskreis Internationale Politikanalyse, Januar 2014, <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/10479.pdf>, zuletzt aufgerufen am 05.12.2020.
- Glenny, Misha (1993): *Jugoslawien – Der Krieg, der nach Europa kam*, Droemer Knaur: München.
- Kaspar, Birgit (2020): Traditionelles Fremdeln mit der NATO, in: Deutschlandfunk vom 11.02.2020, https://www.deutschlandfunk.de/frankreich-traditionelles-fremdeln-mit-der-nato.795.de.html?dram:article_id=469750, zuletzt aufgerufen am 01.12.2020.
- Kleyse, Ulrich C. (2014): Frankreich und Clausewitz: Perzeption und Rezeption – ein Überblick, in: Österreichischen Militärzeitschrift ÖMZ 05/2014, <https://www.oemz-online.at/display/ZLintranet/Frankreich+und+Clausewitz>, zuletzt aufgerufen am 04.12.2020.
- Kramp-Karrenbauer, Annegret (2020): Europe still needs America: in: Politico vom 02.11.2020, <https://www.politico.eu/article/europe-still-needs-america/>, zuletzt aufgerufen am 03.12.2020.

- Kuchta, Alexander (2010): Die Zukunft der Europäischen Union – Erweiterung und/oder Vertiefung, GRIN Verlag: München, <https://www.grin.com/document/165948>, zuletzt aufgerufen am 04.12.2020.
- Lutz-Bachmann, Matthias (2019): Autonomie, I. Philosophisch, Version 22.10.2019, 17:30 Uhr, in: Staatslexikon online, <https://www.staatslexikon-online.de/Lexikon/Autonomie>, zuletzt aufgerufen am 02.02.2021.
- Major, Claudia/Mölling, Christian (2020): „Strategische Autonomie“ Europas – Toxische Wortklauberei. Gastbeitrag, in: Spiegel online vom 29.11.2020, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-und-die-strategische-autonomie-toxische-wortklauberei-a-77a58db9-6dac-48c9-8aa0-8073215234f2>, zuletzt aufgerufen 01.12.2020.
- Marschall, Christoph von (2020): EU-Gipfel zu Coronahilfe und Rechtsstaat – Europa vor dem großen Knall?, in: Der Tagesspiegel vom 19.11.2020, <https://www.tagesspiegel.de/politik/eu-gipfel-zu-coronahilfe-und-rechtsstaat-europa-vor-dem-grossen-knall/26638612.html>, zuletzt aufgerufen am 03.12.2020.
- Melcic, Dunja (Hg.) (2007): Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Merkel, Angela (2020): Rede von Bundeskanzlerin Merkel im Rahmen der Veranstaltung „Außen- und Sicherheitspolitik in der deutschen EU-Ratspräsidentschaft“ der Konrad-Adenauer-Stiftung am 27. Mai 2020, <https://www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/aktuelles/rede-von-bundeskanzlerin-merkel-im-rahmen-der-veranstaltung-aussen-und-sicherheitspolitik-in-der-deutschen-eu-ratspraesidentschaft-der-konrad-adenauer-stiftung-am-27-mai-2020-1755884>, zuletzt aufgerufen am 03.12.2020.
- Meyer, Jens-Uwe (2015): Bleiben Sie arrogant! Was Manager von Helmut Schmidt lernen können, in: Manager Magazin online vom 11.11.2015, <https://www.manager-magazin.de/politik/deutschland/was-manager-von-helmut-schmidt-lernen-koennen-a-1062304.html>, zuletzt aufgerufen am 22.02.2021.
- Oetinger, Bolko von (2003): Die Fundamente der Strategie – Carl von Clausewitz' Begriff der Strategie als Maßstab für Unternehmensstrategie, Gabler Verlag: Wiesbaden.
- Raschke, Joachim/Tils, Ralf (2013): Politische Strategie. Eine Grundlegung, VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Rat der Europäischen Union (2016): Eine Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, Brüssel 28.06.2016, 10715/16, <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10715-2016-INIT/de/pdf>, zuletzt aufgerufen am 05.12.2020.
- Santer, Helmut (2013): Strategie in China und im Westen, osb international systemic consulting vom 30.10.2013, <https://www.osb-i.com/de/osb-i-content/strategie-in-china-und-im-westen/>, zuletzt aufgerufen am 05.12.2020.
- Schemm-Gregory, Reto (2010): Europa als Club voller Clubs – Eine clubtheoretische Betrachtung des politischen Systems der Europäischen Union, Peter Lang GmbH Internationaler Verlag der Wissenschaften: Frankfurt am Main.
- Schuster, Jacques (2020): Frankreich muss die Macht über seine Atomwaffen teilen, in: Die Welt online vom 07.02.2020, <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article205696391/Nukleare-Teilhabe-Paris-muss-die-Macht-ueber-seine-Atomwaffen-teilen.html>, zuletzt aufgerufen am 03.12.2020.

- Schwarz, Klaus-Dieter (2010): Militärstrategie, in: Wichard Woyke (Hg.), Handbuch Internationale Politik, UTB: Stuttgart, S. 219–226.
- Spasovska, Verica (2000): Das Ringen um die Macht in Belgrad, in: Deutschlandfunk online vom 27.09.2000, https://www.deutschlandfunk.de/das-ringen-um-die-macht-in-belgrad.724.de.html?dram:article_id=97199, zuletzt aufgerufen am 21.02.2021.
- Spasovska, Verica (2015): Fakten statt Mythen, in: Deutsche Welle online vom 29.09.2015, <https://www.dw.com/de/fakten-statt-mythen/a-18747791>, zuletzt aufgerufen 21.02.2021.
- Süddeutsche Zeitung (2011): Köhler über seine Rücktrittsgründe, „Die Angriffe auf mich waren ungeheuerlich“, 09.06.2011, <https://www.sueddeutsche.de/politik/horst-koehler-ueber-seine-ruecktrittsgruende-die-angriffe-auf-mich-waren-ungeheuerlich-1.1106466>, zuletzt aufgerufen am 02.02.2021.
- The Economist (2019): The Future of the EU. Emmanuel Macron Warns Europe: NATO Is Becoming Brain-dead, 07.11.2019, <https://www.economist.com/europe/2019/11/07/emmanuel-macron-warns-europe-nato-is-becoming-brain-dead>, zuletzt aufgerufen am 01.12.2020.
- Trappe, Thomas (2015): Die richtige Strategie gibt es nicht im Interview mit Thomas Trappe, in: „pressesprecher – Magazin für Kommunikation“ vom 15.06.2015, <https://www.presssprecher.com/nachrichten/die-richtige-strategie-gibt-es-nicht-10239>, zuletzt aufgerufen am 04.12.2020.
- Trommsdorff, Volker/Steinhoff, Fee (2013): Innovationsmarketing, Verlag Franz Vahlen: München.
- Wagener, Martin (2010): Über das Wesen der Strategie, in: Österreichische Militärzeitung ÖMZ 04/2010, https://www.oemz-online.at/pages/viewpage.action?pageId=10357312#_edn1, zuletzt aufgerufen am 03.12.2020.